

Wahnsinn

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II, Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 5 März 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Für oder gegen die Todesstrafe?

Gegen wen fordert Buresch den Henker?

Der satte und feiste Speier ruft nach der Todesstrafe, er fordert Blutrache zum Schutze seines Eigentums und seines Lebens. Der Frauenmorder Laudon hat die Reaktion die Losung geliefert. Sie heißt: Todesstrafe! Und die Regierung hat nichts eiligeres zu tun, als diese günstige Stimmung auszunützen, um die Todesstrafe, also den Mord, im Namen der Justiz, wieder einzuführen. Die reaktionäre Presse appelliert an die Vorurteile der großen Masse, um der Bourgeoisie diese infame Waffe der Klassenjustiz, die Todesstrafe, wieder in die Hände zu drücken. Die bürgerliche Moral verabschaet daraus nicht jeden Mord. Im Gegenteil, sie billigt die Morde von 90 Proleten am 13. Juni 1927, sie billigt die Morde von den Faschisten und jubelt dem Freispruch der Schattendorder Mörder zu. Erst kürzlich wurde das Verfahren gegen die Putschisten vom 13. September eingestellt, darunter befinden sich auch die Mörder der beiden Kapfenberger Arbeiter. Die Bourgeoisie billigt den weißen Terror und läßt die Mörder der proletarischen Vorkämpfer Luxemburg-Liebknecht als Helden ehren. Die bürgerliche Gesellschaft mordert jetzt in Ostasien im Namen des Profits; die Geschichte des Kapitalismus ist die Geschichte von Massenmord im Namen der Nation, des Vaterlandes und der göttlichen Weltordnung. Im Weltkrieg wurden Tausende unschuldig gehenkt, erschossen und erdodet, nur weil menschliche Angst und Feigheit, sie für Spione hielt. Die Märtyrer Sacco und Vanzetti starben am elektrischen Stuhl, nur um den Klassenha der von Heuchelei triefenden Yankeejustiz zu stillen.

Die bürgerliche Justiz ist, wie alles in der Klassengesellschaft, in der wir leben, ein Instrument zum Schutze der herrschenden Klasse. Sie übt Nachsicht, wenn gemordet wird im Dienste für die kapitalistische Klassenherrschaft (Schattendorf, Voitsberg, Kapfenberg), sie billigt den Mord und vollstreckt ihn, wenn er sich gegen das revolutionäre Proletariat richtet.

Warum rief die Bourgeoisiepresse nicht schon im Falle Matuschka, dem allen übertreffenden Massenmörder, nach der Todesstrafe? Er ist einer der ihrigen, den die Justiz nur deshalb im Gefangen hielt, weil er ohne politischen Auftrag, nicht im Dienste der Dreieinigkeit Pfaffen — Kapital — Militarismus, sondern in eigener Regie mit den Mitteln der Kriegstechnik gemordet hat. Matuschka hat in anderer Form fortgesetzt, was er bei den weißen Mordgardien Horthys getrieben hat.

Die Verbrechen des Frauenmorders Laudon sowie die Motive, die ihm dazu trieben, zählen bestimmt zu den schrecklichsten. Aber das Verbrechen an sich kann man auch nicht mit der Todesstrafe verhindern, wenn die sozialen Verhältnisse, auf denen das Verbrechen treibbar ist, wuchert, die gleichen bleiben. Die Kriminalgeschichte selbst liefert den Beweis, daß auch nicht die drakonischsten Strafen das Verbrechen einzudämmen vermögen.

Die Reaktion versucht die häufigen Verbrechen und Morde auch auf die herrschenden politischen Freiheiten,

ja selbst auf die moderne Pagogie zurückzuführen. Aber Matuschka und Laudon sind Zeugen gegen die klerikalen Dunkeimanner. Beide stramme Katholiken, Hüter der Tradition und entwurzelte Speiburger. Der eine sprengt mit dem Heigenbild an der Brust hunderte ahnungslose Menschen im fahrenden Zug in die Luft, der andere mordert und zerstückt sein Opfer unter den Augen der an der Wand hängenden Madonna, im ehelichen Schlafgemach. Beide verfügten über jenen äußerlichen Schein, der sie als ehrbare Speier gelten ließ, jenem Schein, der in der bürgerlichen Gesellschaft alles ist und der jeden zu allem befähigt — zum Minister als auch zum Mörder.

Die geplante Wiedereinfuhung der Todesstrafe erwacht bei der Reaktion nicht so sehr aus dem Drange nach Vergeltung für Kriminalverbrechen, als aus dem Bedarfnis, mit der Todesstrafe Klasse bewußte Arbeiter, die gegen die Hydra der Reaktion kämpfen, dem Henker auszuliefern.

War doch das Matuschka-Attentat von Bia-Torbagy für die ungarische Konterrevolution ein passender Anlaß zu einer internationalen Kommunalkonferenz und der Verhingung des Standrechtes, das heute noch besteht und ausschließlich der Niederknuppelung der Arbeiter und rebellierenden Bauern dient.

Die Arbeiterklasse muß der bürgerlichen Gesellschaft, die Hunderttausenden das Recht zum Leben nimmt, Hunderttausende hungern und frieren läßt, Abertausende dem Hungertode, Krankheit und Siedtum preisgibt, das Recht abzusprechen. Todesurteile im Namen der Ordnung, des Eigentums und des persönlichen Schutzes zu vollziehen. Denn die kapitalistische Ordnung beruht auf Aneignung fremden Eigentums und kennt keinen persönlichen Schutz, sobald es der Profit erfordert. (Krieg, Niederknuppelung der Arbeiter, Arbeitslosigkeit usw.)

Die Todesstrafe als Werkzeug in den Krallen der bürgerlichen Klassenjustiz, richtet sich aber vor allem gegen die Arbeiterklasse zum Schutze der herrschenden Klasse und ihrer Privilegien; daher kämpft die Arbeiterklasse gegen die Todesstrafe im bürgerlichen Staat.

Das Proletariat, die revolutionäre Partei des Proletariats verzichtet aber nicht auf die Todesstrafe zur Verteidigung seiner siegreichen Revolution. Die Strafe des Todes gibt es anzuwendend gegen die Konterrevolution, die das sich als herrschende Klasse konstituierte Proletariat, das nicht nur sich, sondern die ganze Menschheit durch den Aufbau des Sozialismus von der Sklaverei des Kapitalismus befreit, zu stürzen versucht. Indem das Proletariat die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der kapitalistischen Ordnung durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt, vernichtet es den Klassencharakter der bisherigen Gesellschaftsordnung. Die auf der Basis der sozialen Gleichheit heranwachsenden Geschlechter der sozialistischen Gesellschaft werden sowohl das Verbrechen in seiner heutigen Erscheinung, als auch staatliche Macht und Todesstrafe nur aus der Weltgeschichte kennen.

Der Krieg im fernen Osten

Der Krieg des japanischen Imperialismus gegen China ist im vollen Gange. Während diese Zeilen geschrieben werden, tobt noch die mörderische Schlacht um Shanghai.

Der japanische Imperialismus hat den Zeitpunkt seines Angriffes sehr vorsichtig gewählt; er hofft, scheinbar mit Recht, daß seine imperialistischen Konkurrenten gegenwärtig nicht in der Lage sind, sich einzumischen. Im Gegenteil: Schiffbestellungen in England und Deutschland, Textilkaufe in Polen und England, Waffenkaufe in Frankreich und der Tschechoslowakei lassen die Herzen der Kapitalisten in Europa höher schlagen und die Börsen von Newyork, Paris und London erhoffen im japanisch-chinesischen Krieg den ersuchten „Silberstreifen“, das Morgenrot industrieller Belebung.

Die Sowjetunion, deren Interessen durch die japanischen Provokationen in Nordchina, insbesondere aber in Chabin, am schwersten gefährdet werden, hat sich durch diese Ueberfälle des japanischen Imperialismus nicht provozieren lassen. Diese Haltung, aus welchen Beweggründen immer

sie erfolgt, stimmt objektiv mit den Interessen der internationalen Revolution völlig überein. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Sowjetrepublik jetzt im fernen Osten gebunden wäre, wo gleichzeitig in Europa revolutionäre Entscheidungskampfe heranreifen.

Der japanische Imperialismus hat in seiner Rechnung einen, und zwar den entscheidenden Faktor uberssehen: das China von 1932 ist nicht mehr das China von 1891/95. Trotz tiefer Wirren, trotz der Demoralisation ihrer herrschenden Oberschichten, leisten die chinesischen Massen erbitterten Widerstand und machen es ihrer Bourgeoisie sehr schwer, dem Beispiel der mandchurischen Generale zu folgen und vor Japan zu kapitulieren.

Der Krieg mit Japan wird den qualvollen Proe der Klassenkämpfe in China beschleunigen; gerade im Kriege wird es sich zeigen, daß nur eine Klasse der Gesellschaft fähig ist, den nationalen Widerstand zu organisieren — das Proletariat, das sich auf die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen stützt.

Der Kampf um Wien

Ein Musterbeispiel des Stalinismus
In einigen Wochen finden in Wien Gemeinderatswahlen statt. Bekanntlich ist Wien die einzige Weltstadt, die von der Sozialdemokratie beherrscht wird und es ist bekannt, daß die zweite Internationale, in besondere in Deutschland, das „aufblühende rote Wien“ dem „Bolschewismus in der Sackgasse“ gegenustelt.

Der Kampf um Wien ist daher nicht eine lokale oder rein osterreichische Angelegenheit, sondern ein entscheidender Abschnitt in dem internationalen Kampfe zwischen Kommunismus und Reformismus. Gerade jetzt, wo der Austromarxismus sich stärker „internationalisiert“ und in Deutschland in der SAP (Seydewitz) einen direkten Ableger gefunden hat, gewinnt dieser Kampf besondere Bedeutung.

Die Bourgeoisie und das Rathaus

Die Sozialdemokratie verkundet dagegen durch den Mund Otto Bauers:

„Hier das Rathaus, das einzige Stück großer politischer Macht, die die Arbeiterklasse in diesem Lande und in ganz Mitteleuropa hier auszuüben vermag — und duen am Ballhausplatz die bürgerliche Regierung, die Regierung der besitzenden Klasse, voll von unbeschreiblichem Haß gegen das rote Wien.“

Das eine ist so falsch wie das andere. Weder ist Wien das Bollwerk des Kapitalismus, noch ist es ein Bollwerk des Proletariats. Es ist wahr, daß die du dich und durch reaktionäre osterreichische Großbourgeoisie, die sich nach den Militarjefeln den Hab-burger sehnt, einen willigen Kampf gegen das „Rathaus“ führt. Nicht weil das Rathaus „sozialistisch“ ist. Das ist es wahrhaftig nicht. Die Steuer-, Sozial- und Wohnbaupolitik der Sozialdemokratie enthält nicht einen Hauch von Sozialismus. Sie ist eine korrekte, bürgerlich-demokratische Politik, wie sie den Interessen des Mittelburgertums und des Kleinbürgertums entspricht. Die Verwaltung von Wien ist im Gegensatz zu Berlin und Chicago nicht bis auf die Knochen korrupt. Das ist vielleicht ihr Hauptunterschied von den übrigen Weltstädten.

Der Kampf zwischen „Rathaus und Ballhausplatz“ ist also nicht ein Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern ein Kampf zwischen dem fortschrittlichen, mittelburgertlich-kleinburgertlichen Flügel und der stockreaktionaren faschistischen Großbourgeoisie. Wien einfach als „Bollwerk des Kapitalismus“ reklamiert — das ist eine inhaltslose Phrase, die nur eine halbe Wahrheit ausdrückt.

Das Proletariat und das Rathaus

Die Sozialdemokratie sagt: „Das die Kommunisten nur die Führungsorgane der kapitalistischen Staatsgewalt sind, mögen sie nun einer bürgerlichen oder einer sozialdemokratischen oder auch einen kommunistischen Bürgermeister haben, wurde schon nachgewiesen.“ (R. F., Wien, 17. Februar 1932.)

Daraus folgt die Zwecklosigkeit, überhaupt nur praktischen Einfluß auf die Kommune zu erkaufen.

In Wirklichkeit ist dieser Standpunkt nicht kommunistisch, sondern eine echt zentristische Phrase. Der zweite Weltkongreß (1920) wies den Kommunisten die Aufgabe, die Kommunen zu erobern, um „gegenüber der bürgerlichen Zentralmacht eine revolutionäre Opposition bilden, alles tun, um den ärmsten Bevölkerungsschichten nützlich zu sein...“

Daraus ergibt sich, daß die Kommunisten in den Kommunen er tens für die größtmögliche Autonomie eintreten müssen und zweitens, daß sie — und zwar gestützt auf die Arbeiterorganisationen und den auerparlamentarischen Kampf — versuchen müssen, praktische Erfolge in ihrer Arbeit zu erzielen.

Es ist daher theoretisch grundfalsch, wenn die Dummköpfe in der „R. F.“ schreiben: „Sie (die Kommunisten) lehnen es selbstverständlich ab, auch nur irgendeine sich einzulassen in Aktionen zur Erweiterung der Autonomie...“ (R. F., 19. Februar 1932.)

Und dies wird damit begründet, daß „die Sozialdemokratie, die demagogische Trägerin des Gedankens der Gemeindeautonomie, die Schrittmacherin der Faschisierung der Gemeinden geworden ist.“

Zu solchen schändlichen und kindischen Torheiten hat die „Konkreisierung“ der Theorie vom Sozialfaschismus geführt.

Nein, derart politisch gerüstet, kann der Kampf um Wien niemals zu einem ersten Erfolg der Arbeiterklasse, zu einem Sieg über die Sozialdemokratie führen.

Proletarische Rundschau Der Kampf im Baugewerbe

Die Bauherren haben ihre Forderungen der Gewerkschaft überreicht. Was diese Herren den Bauarbeitern zu muten, ist wohl der Gipfelpunkt von Unternehmerwillkür und Provokation. Die Forderung nach Herabsetzung der Löhne bewegt sich zwischen der Grenze von 125 bis 275 Prozent. Allein die Löhne der Hilfsarbeiter sollen um 16 Prozent gekürzt werden.

Die Festsetzung der Arbeitszeit und ihre Einteilung soll in Zukunft ganz dem Ermessen der Unternehmer überlassen bleiben. Die Entscheidung darüber, ob an kirchlichen Feiertagen gearbeitet wird, soll ebenfalls bei den Bauherren liegen. Diese Herren wollen offenbar ihre Arbeiter an einem beliebigen Marienfeiertag in die Kirche schicken und dann die versumten Arbeitsstunden an Werktagen ohne Ueberstundenentlohnung einarbeiten lassen. Das christliche Arbeitslosenvermittlungamt soll im neuen Vertrag verankert werden. Das heißt, die Bauherren wollen sich mit Streikbrechern und anderen Kreaturen versorgt wissen. Der gesetzliche Ueberstundenzuschlag soll von 50 auf 25 Prozent herabgesetzt werden. Damit hoffen sich die Unternehmer die Krönung ihrer unverschämten Forderungen. Das würde die praktische Beseitigung des Achtstundentages bedeuten und der unverschämtesten Stundenschinderei Tür und Tor öffnen und die Arbeitslosigkeit gewaltig steigern. Zu diesen Hauptforderungen gesellen sich noch eine Reihe von anderen Unternehmerwünschen, so z. B. die Herabsetzung des Entgeltes um ein Drittel. Offenbar soll den Bauarbeitern das Kranksein abgewöhnt werden.

Welche Stellung nimmt die Baugewerkschaft zu diesem brutalen Unternehmervorstoß ein? „Die Herren Bauunternehmer“, schreibt die „A. Z.“ am 21. Februar, „werden ... ihre Vorschläge gründlich revidieren müssen, wenn sie bei der Organisation den Glauben erwecken wollen, daß es ihnen mit dem Abschluß eines neuen Kollektivvertrages Ernst ist.“ Damit hat die Gewerkschaftsbürokratie das Hintertürchen geöffnet, bei dem — natürlich mit ihrer Zustimmung — ein Teil der Unternehmerwünsche in Erfüllung gehen sollen. Schon spekuliert die Gewerkschaftsbürokratie auf die Wirtschaftskrise, die wieder als Vorwand dienen soll, um vor den Arbeitern die Kapitulation vor den Unternehmerwünschen zu rechtfertigen. Daß die Unternehmer nicht alles auf einmal durchzusetzen hoffen, was sie fordern, leuchtet dem ärgsten Schmarfänger ein, daß sie aber beim ersten Ansturm einen fetten Happen erreichen wollen, ist klar. Diese Taktik betreiben die Unternehmer schon seit 1920 mit Erfolg. Die Taktik der Reformisten verhält den Unternehmern zu ihren Erfolgen.

Ganz anders liegt die Frage für die Bauarbeiter. Als Minimalforderung muß gelten: **Kampfverschlechterung des gegenwärtigen Vertrags.** Schärfster gewerkschaftlicher Kampf gegen jede Verschlechterung des bestehenden Zustandes und des bestehenden Arbeitsrechtes. Wiederherstellung der Arbeitsbedingungen zugunsten der Arbeiter überall dort, wo die Unternehmer entgegen den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen den Arbeitern Verschlechterungen aufgezwungen haben.

Die Metallindustriellen rüsten zum Lohnraub

In der Generalversammlung des Wiener Industriellenverbandes erstattete der Finanzminister Dr. Weidenhoffer einen Bericht, in dem er ausführt:

„... Während noch zu Beginn des Jahres 1931 einige Lohnbewegungen zu verzeichnen sind, die mit Lohnerhöhungen abgeschlossen, folgte sehr rasch ein vollkommener Umschwung. Zunächst kam es zu einem größeren Lohnabbau in der hauptsächlich auf den Export angewiesenen Wiener Elektroindustrie. Bei der Vertragsrenewierung Ende März wurden die Akkorde um 6 Prozent, die Löhne um 5 Prozent abgebaut. Dieser Lohnabbau wurde auch erleichtert durch eine Verbilligung der Lebenskosten, die im April dieses Jahres gegenüber August 1930 um volle 9 Prozent bereits gesunken und gleich den Lebenskosten vom Dezember 1925 waren. Wenn auch seit der Lebenskosten wieder allmählich gestiegen sind und etwa die Lebenskosten vom Oktober-November 1928 erreicht haben, so hat die weitere Verschlechterung in der Beschäftigung und der Preisdruck, der sich in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer stärker fühlbar machte, einen weiteren Lohnabbau begünstigt. So ist denn allmählich in der gesamten eisen- und metallverarbeitenden Industrie, und zwar mit ganz wenigen Ausnahmen, ohne Kampf ein Lohnabbau von 5 bis 10 Prozent bei den Akkordarbeitern vielfach mit darüber hinaus durchgeführt worden. Es ist freilich zu befürchten, daß im Jahre 1932 Lohnkämpfe nicht zu vermeiden sein werden. Der Währungsverfall in England und in den nordischen Staaten einerseits, der in Deutschland auf gesetzlichem Wege schon für Anfang des Jahres 1932 in Aussicht genommene weitere Abbau der Löhne und Gehälter der öffentlichen und Privatangestellten (letzterer durch einheitlich gesetzlich verfügten Ablauf der Kollektivverträge) werden zu einer Verminderung der

Produktionskosten in diesen wichtigen Industriestaaten führen und schließlich auch die anderen Industriestaaten, darunter uns, zu einem Abbau der Gestehungskosten und damit auch der Löhne zwingen, wenn wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wollen.“

Damit wissen die Metallarbeiter, was ihnen noch bevorsteht. Vorausgesetzt, daß bis dahin nicht schon die letzten Betriebe geschlossen sind. Die Verschärfung der Krise und der Konkurrenzkampf am Weltmarkt scheint den Herren das geeignete Argument — an die Ohren der Gewerkschafts-

bürokratie gerichtet — zu sein, das „einen weiteren Lohnabbau begünstigt“. Ob aber die Arbeiterschaft einen neuerlichen Lohnraub ruhig hinzunehmen gewillt ist, das ist die Frage. Die Arbeiterschaft darf sich auch nicht mit der Abwehr der „schlimmsten Angriffe“, wie die Gewerkschaftsbürokratie ihre Kapitulationspolitik zu bemäntelt sucht, begnügen, sondern muß auf der **ganzen Front** zur entschlossensten Abwehr bereit sein. Die Gewerkschaften müssen die Zentren des Widerstandes werden. Hier liegt der Schlüssel zur revolutionären Umgestaltung der Gewerkschaftsverbände.

Die Stellung der Linken Oppos. der KPD. zur Präsidentenwahl

Demonstriert für den Kommunismus — wählt den Kandidaten der KPD!

Kommunisten! Revolutionäre Arbeiter!

Wir bringen nachfolgenden Aufruf unserer deutschen Genossen zur Präsidentenwahl.

Die Parteien der Reaktion, an der Spitze die reaktionären, bankrotten Führer der Sozialdemokratie rufen Euch auf, Hindenburg zu wählen. Sie sagen Euch: Wählt Ihr Hindenburg, so verspart Ihr damit der blutigen Konterrevolution, dem Faschismus, den Weg zur Macht!

Kein klassenbewußter Arbeiter in Deutschland darf sich durch diesen Betrug täuschen lassen. Das herrschende System der Militärdiktatur Gröner-Brüning, an dessen Spitze der kaiserliche Marschall von Hindenburg steht, hat dem Faschismus den Weg zur Macht geebnet, es hat die revolutionären Abwehrorganisationen des Proletariats (RFB) gemeinsam mit den Sevring-Braun zerschlagen und den Aufbau der faschistischen Terrororganisationen gefördert.

Dieses System ist nicht nur keine Barriere gegen den Faschismus, nein, es schickt sich an, dem Faschismus entscheidende Teile des staatlichen Machtapparates freiwillig in die Hände zu spielen, wie die letzten Reichswahlerlässe Grönners zeigen.

Wenn nicht die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse es verhindert, so wird der Faschismus zur Macht gelangen, sei es in Etappen, auf dem Wege der vorläufigen Mächtelung mit dem herrschenden politischen System, sei es direkt, auf dem Wege des sofortigen Staatsstreiches.

Die Frage, ob der Faschismus zur Macht gelangt, wird nicht in Präsidentschaftswahlen, nicht in den Palais des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung entschieden, sondern einzig und allein im außerparlamentarischen, revolutionären Massenkampf.

Dieser Wahlkampf, er kann für uns nichts anderes sein, als die große Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse für den unausbleiblichen Entscheidungskampf zwischen Revolution und Konterrevolution. Dieser Entscheidungskampf wird mit dem Siege der Arbeiterklasse enden, wenn sie ihn ohne demokratische Illusionen führt, wenn sie bereit ist, mit Hitler das gesellschaftliche System zu vernichten, in dem der Faschismus wurzelt, die morsche, längst überlebte kapitalistische Ordnung.

Diesen Kampf führen kann nur die kommunistische Partei. Ihr dabei zu helfen, mit rücksichtsloser Schärfe jeden Fehler aufdeckend, darin erblicken wir Linken unsere Aufgabe.

Kommunisten! Revolutionäre Arbeiter!

Der 13. März ist der Tag der großen Demonstra-

Zur Politik der KPD.

Ein halber Schritt vorwärts

Die Berliner „Rote Fahne“ vom 28. 1. 1932 veröffentlicht einen Aufruf, der einen deutlichen Beweis davon gibt, wie groß der Druck sowohl innerhalb der Partei — wie auch auf die Partei — geworden ist, um die unhaltbare Stellung der Parteiführung in der Frage der Einheitsfront zu beiseitigen.

In dem Aufruf vom 28. Januar ist die Parteiführung gezwungen, von ihrer starren Forderung nach „Garantien“ dafür, daß sie die Führung überall dort behält, wo sich Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe zusammenschließen, abzugeben.

Noch im Dezemberheft der „Internationale“ hatte sich Thälmann die rote Einheitsfront so vorgestellt, daß wir die reformistischen Arbeiter „überzeugen, daß nur die KPD, daß nur wir für ihre eigenen Klasseninteressen durchs Feuer gehen“ (S. 40). Das Zusammengehen mit Organisationen, selbst unteren Organisationen der reformistischen Arbeiter, das Herantreten „an bezirkliche ADGB-Führungen oder sonstige Instanzen der reformistischen Bürokratie“ wurde als schwerer Fehler verdammt.

Nun aber, unter dem Druck der Parteimasse, veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Aufruf — leider trägt er nicht die Unterschrift des Zentralkomitees und kann daher sehr rasch als „redaktionelle Fehlleistung“ abgeleugnet werden —, in dem es heißt:

„Schließt überall in ganz Deutschland die rote Arbeiterfront!

Es gilt, die Millionenreihen des deutschen Proletariats zu einer unwiderstehlichen Macht zusammenzuschließen. Es gilt, in allen Betrieben, an den Arbeitsnachweisen, in den proletarischen Wohnvierteln unübersehbare Kampfscharen unter den roten Fahnen des Sozialismus gegen die bürgerliche Diktatur und ihre Helfershelfer aufzubieten.

Unter Führung roter Einheitsausschüsse, gestützt auf den roten Massenseibstschutz, gilt es, die Kraft der Feinde zu brechen.

Alle revolutionären Arbeiterorganisationen, alle wirk-

lich proletarischen Massenorganisationen müssen sich auf dieser Grundlage fest zusammenschließen. Alle Kräfte müssen eingesetzt, alle Reserven mobil gemacht werden, um den Klassenfeind und seine Helfer zu besiegen.“

Wenn diese Worte, die an „alle revolutionären Arbeiterorganisationen, alle wirklichen Massenorganisationen“ gerichtet sind, einen Sinn haben sollen, dann bedeuten sie die Aufforderung zum Aufbau selbstgewählter roter Einheitsausschüsse durch „alle wirklichen proletarischen Massenorganisationen“. Hierher gehören wohl nicht zuletzt die freigewerkschaftlichen Organisationen, von denen bereits zahlreiche Ortsverwaltungen ihre Bereitschaft zur Einheitsfront erklärt haben. Auf welcher Basis sollen diese **Einheitsausschüsse** gebildet werden? Die „Rote Fahne“ schlägt vor:

„Die rote Arbeiterfront kämpft für folgende Forderungen:

Gegen jeden Pfennig Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!

Massenaktionen für Arbeit und Brot!

Für die Forderungen der Erwerbslosen und aller Notleidenden!

Uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit!

Beseitigung aller Notverordnungen!

Roter Massenseibstschutz, gegliedert in Betriebs-, Erwerbslosen- und Häuserblockformationen aus Arbeitern aller Richtungen, um den faschistischen Terror zu brechen!

Sofortige Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes!

Einstellung aller öffentlichen und privaten Tributzahlungen!“

Gewiß sind diese Forderungen reichlich allgemein („Massenaktionen für Arbeit und Brot“). „Für die Forderungen der Erwerbslosen und aller Notleidenden“, aber sie stellen doch einen Rahmen dar, der es nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen gestattet — ohne sich selbst aufzugeben — mit uns Kommunisten gemeinsam zu kämpfen. Bezeichnenderweise wagt der Aufruf auf Grund der niederschmetternden Ergebnisse der Januar-Streiks der RGO, in die

Das revolutionäre Proletariat demonstriert!

Seine Entschlossenheit im Zeichen des Kommunismus, den Faschismus zu schlagen, den Kapitalismus zu stürzen, mit allen Mitteln einen neuen imperialistischen Weltkrieg zu verhindern, es demonstriert seine Solidarität mit allen Arbeitern der Welt, vor allem mit den kämpfenden heldenhaften Arbeitern und Bauern in China und seine Bereitschaft, mit Leib und Leben die Sowjetrepublik zu schützen!

Der Kapitalismus hofft, durch einen neuen Krieg eine Atempause zu gewinnen, wir aber demonstrieren am 13. März unsere feste Entschlossenheit zum revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr!

Wir, Bolschewiki-Leninisten, der linke Flügel der Komintern und KPD, die wir einen unermüden Kampf führen gegen die schweren Fehler der herrschenden zentristischen Führung der Komintern und KPD, wir rufen Euch zu:

Sammelt Euch im Zeichen des Kommunismus!

Demonstriert Eure Kampfbereitschaft!

Wählt am 13. März den Kandidaten der KPD!

Reichsteilung der Linken Opposition der KPD. (Bolschewiki-Leninisten)

lich proletarischen Massenorganisationen müssen sich auf dieser Grundlage fest zusammenschließen. Alle Kräfte müssen eingesetzt, alle Reserven mobil gemacht werden, um den Klassenfeind und seine Helfer zu besiegen.“

Wenn diese Worte, die an „alle revolutionären Arbeiterorganisationen, alle wirklichen Massenorganisationen“ gerichtet sind, einen Sinn haben sollen, dann bedeuten sie die Aufforderung zum Aufbau selbstgewählter roter Einheitsausschüsse durch „alle wirklichen proletarischen Massenorganisationen“. Hierher gehören wohl nicht zuletzt die freigewerkschaftlichen Organisationen, von denen bereits zahlreiche Ortsverwaltungen ihre Bereitschaft zur Einheitsfront erklärt haben. Auf welcher Basis sollen diese **Einheitsausschüsse** gebildet werden? Die „Rote Fahne“ schlägt vor:

„Die rote Arbeiterfront kämpft für folgende Forderungen:

Gegen jeden Pfennig Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!

Massenaktionen für Arbeit und Brot!

Für die Forderungen der Erwerbslosen und aller Notleidenden!

Uneingeschränkte proletarische Demonstrations-, Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit!

Beseitigung aller Notverordnungen!

Roter Massenseibstschutz, gegliedert in Betriebs-, Erwerbslosen- und Häuserblockformationen aus Arbeitern aller Richtungen, um den faschistischen Terror zu brechen!

Sofortige Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes!

Einstellung aller öffentlichen und privaten Tributzahlungen!“

Gewiß sind diese Forderungen reichlich allgemein („Massenaktionen für Arbeit und Brot“). „Für die Forderungen der Erwerbslosen und aller Notleidenden“, aber sie stellen doch einen Rahmen dar, der es nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen gestattet — ohne sich selbst aufzugeben — mit uns Kommunisten gemeinsam zu kämpfen. Bezeichnenderweise wagt der Aufruf auf Grund der niederschmetternden Ergebnisse der Januar-Streiks der RGO, in die

Forderungen nicht jene Forderung aufzunehmen, die wir ins Bewußtsein der Massen einhämmern müssen: die Vorbereitung des politischen Massenstreiks! Diese Forderung der Linken Opposition enthält bekanntlich auch die Resolution, die die freie Gewerkschaft der Schuhmacher annahm. Ueberhaupt vermeiden die Kampfforderungen im Aufruf den Arbeitern auch die Kampfmaßnahmen zu nennen, die es anzuwenden gilt. Die Parteiführung hält es noch immer für möglich schweigend an jenen Forderungen vorbeizugehen, die die Basis des Massenkampfes in den Betrieben, des Kampfes gegen den Lohnraub bilden müssen und die wir in unserer Resolution vom 2. I. 1932 in den Worten kurz zusammenfaßten:

„Für die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiterschaft, für die Kontrolle der Produktion und für die Ausmerzung der faschistischen Zellen aus den Betrieben.“

In diesem Zeichen müssen Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben zum Kampfe antreten, mit diesem Ziele vor Augen müssen sie ihre Alltagsarbeit einrichten. Für einen revolutionären Marxismus bedarf es wohl keines weiteren Beweises, daß ein solcher Kampf, der die Wurzeln der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals tödlich bedroht, nichts anderes sein als der Auftakt zum revolutionären Machtkampf des Proletariats. Trotz dieser schweren Mängel kann dieser Aufruf ein Schritt nach vorwärts werden, wenn wir, die Bolschewiki-Leninisten, es verstehen werden, die Parteimasse auf den Weg der faktischen Einheitsfront zu führen. Wir geben uns keinen Illusionen hin und glauben nicht, daß die Parteiführung jetzt wirklich bereit ist, mit allen wirklichen Arbeiterorganisationen rote Einheitsausschüsse aufzurichten. Am selben Tage, an dem dieser Aufruf geschrieben wurde, hat diese Führung einen neuen Beweis dafür erbracht, wie ernst es ihr mit der Einheitsfront ist: Am Abend des 27. Januar stürzten sich aufgehetzte Stoßtrupps der Partei und RGO in demselben „Märchenbrunnen“, der Tage vorher Schauplatz einer faschistischen Ueberfalls war auf die Generalversammlung des Industrieverbandes und sprengten sie unter Anwendung brutaler

Gewalt, ideologisch vorbereitet wurde diese „Schlacht“ durch eine tagelange Kampagne in der „RF“ gegen diese große revolutionäre Bauarbeitergewerkschaft und gegen uns „die trotzkistische Verführer“*).

Nein, ernsthaft denkt diese Parteiführung nicht daran, die roten Einheitsausschüsse auf überparteilicher Grundlage „Rote Betriebsräte, revolutionäre Gewerkschaftsoppositionen, Zellen der Partei, wendet Euch in Euren Betrieben, Stempelstellen, in Euren Bezirken an alle Arbeiterorganisationen und fragt sie, ob sie bereit sind, zum gemeinsamen Kampf auf der vorgeschlagenen Basis.“

Wenn die Führung diesen Schritt macht, wird sie auch den nächsten machen müssen, wird die Einheitsfrontfrage in ihrer ganzen Breite aufgerollt werden. Und eben darum wird sie — solange es irgendwie möglich ist — diesen Schritt vermeiden.

Aber über den Kopf der Parteibürokratie hinweg gilt es jetzt die unteren Partei-, RGO- und sonstigen revol. Organisationen dazu zu bringen, daß sie selbständig diesen Weg einschlagen, daß sie selbständig an die übrigen Arbeiterorganisationen herantreten und mit ihnen gemeinsam die roten Einheitsausschüsse aufbauen.

Die Parteiführung gerät immer mehr ins Schwanken. Noch erfolgen die Stöße von unten nicht organisiert, sondern vereinzelt, elementar. Die Autorität des „bolschewistischen ZK“ zerbröckelt. Ein Ausdruck dieser Unsicherheit — das ist dieser Aufruf mit seinen zweideutigen Zugeständnissen an die Stimmung der Parteimasse. Das, worauf es jetzt ankommt, ist, daß es uns Linken an einzelnen, wichtigen Punkten der Partei gelingt, die Partei auf den Weg der wirklichen Einheitsfront zu führen und so der Gesamtpartei den Weg zu weisen.

*) Die Rede unseres Genossen L. auf der Informationskonferenz der RGO am 25. I. beantwortete der Referent mit dem Ruf: „Tod und Vernichtung den Renegaten!“ aufzurichten. Oder glaubt ihr, diese Führung wird freiwillig der Partei sagen:

Opportunist Münzenberg als Apostel des Stalinismus

(Der neue Schüler Karl Radeks.)

Vom Studium der pornographischen Literatur, dem Arsenal der Romane seiner Tageszeitungen („Jack, der Bauchschlitzer“, „Welt am Abend“) haben die Schläge der Wirtschaftskrise Münzenberg aufgeschreckt. Herr Goldschmidt, Chef der Danabank, eskamptierte seit vielen Monaten mit immer größerem Zögern die Wechsel des Münzenberg-Konzerns. Die „ökonomische Basis“ Münzenbergischer Unabhängigkeit geriet dadurch ins Wanken. Münzenberg, der noch vor einem halben Jahr seinen Kolporteurapparat zum Feldzug gegen die „Rote Fahne“ führte, das Einlegen von Flugblättern der KPD in seine Zeitungen den Kolporturen bei Strafe der Entlassung verbot, Münzenberg, der in seinen Machtapparat mit Vorliebe Leute einstellte, die im offiziellen Parteiapparat mißliebig waren, Münzenberg, der im vertrauten Kreise gerne durchscheinen ließ, er wäre ein „halber Trotzki“, Münzenberg, an dessen Bette sitzend, Heinz Neumann vor geraumer Zeit eine ganze Nacht verbrachte, um ihn für seine Clique zu gewinnen — Münzenberg beschloß, seine Unabhängigkeit, die durch Goldschmidts Sturz ins Wanken geraten war, aufzugeben.

Und so setzte er sich hin — vielleicht war es kein Zufall, daß der Meister schimpflichen Verrats, Karl Radek, zur selben Zeit in Berlin weilte — und schrieb für den „Roten Aufbau“ (Heft 4) einen Artikel, dessen Zweck es ist, die neue Lehre zu verkünden, daß die KPD „leninistisch-stalinistisch“ gefestigt sei und daß Trotzkijs Auffassung „die Theorie eines völlig verfallenen und konterrevolutionären Faschismus“ ist.

Von nun an wird der neue Begriff „leninistisch-stalinistisch“ in der Parteipresse immer stärker auftauchen und die zynische Bürokratie wird das Schandmal des Stalinismus als „Ehrenzeichen“ freiwillig tragen.

Der deutsche Faschismus aber, seit Jahren durch die Theorie vom Sozialfaschismus gestärkt, wird jetzt, kräftigt Münzenberg, durch die Hilfstruppen des „Trotzki-Faschismus“ ergänzt werden.

An Münzenberg erfüllt sich mit erschreckender Deutlichkeit die alte Wahrheit, daß gewesene Revolutionäre, die um materieller Vorteile willen ihre Auffassungen preisgeben, nicht nur moralisch entarten, sondern geistig völlig verkommen.

Diese abgrundtiefe Verkommenheit kennzeichnete bisher vor allem Radek und sie ist so penetrant, daß sie durch alle Pseudonyme hindurchdringt, hinter denen er sich zu verbergen versucht — mögen sie „Friedrich Krieg“ heißen oder anders.

Münzenberg eröffnet in seinem Artikel den Kampf, wie er schreibt, „nicht in erster Linie gegen Trotzki als Person, sondern vielmehr gegen den Trotzkiismus und die falsche trotzkistische Ideologie“. Wir beschränken uns nur auf die Auseinandersetzung mit den wichtigsten „Argumenten“ Münzenbergs gegen die „trotzkistische Ideologie“; die Ant-

wort auf die maßlosen Verleumdungen, wie sie insbesondere der Artikel „Friedrich Krieg“ (recte: Karl Radek) enthält, wird wohl Gen. Trotzki selbst geben.

Das Beispiel der Pyramide.

Unsere Leser ist das Beispiel in dem Artikel Trotzkijs („Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“) bekannt. Münzenberg aber, der bei der Literatur vom Schlage „Jack, der Bauchschlitzer“ geistig und moralisch verstopft ist, hat dieses Beispiel nicht begriffen. „Was soll die Pyramide darstellen? Deutschland? Den Staat? Die Parteien zwischen den Faschisten und zwischen Kommunisten?“ (S. 149) fragt er mit überlegener Ironie.

Münzenberg hat nicht begriffen, daß die Pyramide das gesellschaftliche System in Deutschland darstellt. Die Kugel auf der Spitze verembildlicht das gesellschaftliche Herrschaftssystem, die politische Gewalt. Bedrängt von rechts und links kann die „Kugel“, kann das politische Herrschaftssystem nicht auf der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide balancieren. Die Kugel muß rollen — das herrschende politische System kann nicht auf die Dauer bestehen. Die Frage ist nur: welche Kraft wird an die Spitze der Gesellschaft gelangen? Wir oder der Faschismus?

Und dieses einfache selbstverständliche Gleichnis hat Münzenberg nicht begriffen — konnte er nicht begriffen, denn für ihn gibt es als echten Stalinisten und Nachfahren Lassalles nur „eine reaktionäre Masse“, nämlich, wie er selbst schreibt, „eine Front von Severing-Braun über Brüning-Gröner und Hugenberg zu Adolf Hitler“. Münzenberg glaubt wahrscheinlich, daß die NSDAP die reformistischen Organisationen nur zum Schein bekämpft, er hat nicht begriffen, daß der Faschismus nur auf dem Wege der Vernichtung der Macht der SPD zum alleinigen Lakaien des Kapitals werden kann.

Erwartet das ZK der KPD das Abwirtschalten des Faschismus?

Münzenberg erklärt mit frecher Stimme:

„Diese Behauptung und der darin liegende Vorwurf sind aus der Luft gegriffen und können durch nichts bewiesen werden.“ (S. 150.)

Wirklich? Völlig aus der Luft? Völlig unbeweisbar? „Wenn sie (die Nazis) erst einmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustandekommen und wird alles hinwegfegen...“

Sie werden rascher abgewirtschaftet haben als jede andere Regierung.“ (R. F. vom 16. X.)

Wer sprach so, weiser Münzenberg? War es nicht das Mitglied des Politbüros, Hermann Remmele in seiner Reichstagsrede? Man sieht: es ist nicht schwer zu beweisen, daß Münzenberg ein gewerbsmäßiger Lügner und skrupelloser Heuchler ist, der mit größter Unverfrorenheit das verlogen, was jeder denkende Kommunist weiß.

(Schluß folgt.)

Die Neujahrsnacht brachte nun dem Herrn Schadner eine Gelegenheit, gegen den Ober G. scharf zu machen. Um halb 3 Uhr früh, als keine Gäste mehr anwesend waren, ersuchte der Ober G. seinen Genossen Chef, ihn nachhause gehen zu lassen, da das Geschäft ohnehin schon vorbei sei und er außer den täglichen Ueberstunden (die nicht bezahlt werden!) in dieser Nacht schon 4 Ueberstunden gemacht habe. Ein Wutaubruch des Gen. Chef war die Antwort und der Ober G. mußte bleiben.

Kurz darauf kamen einige total besoffene Bonzen und Freunde des Schadner und machten eine größere Bestellung. Das Haupt dieser besoffenen „Sozialisten“, der die Bestellung machte, war schon seit längerer Zeit beim Ober G. einen größeren Geldbetrag, für nicht bezahlte Zechen schul-

dig. Trotz wiederholter Mahnungen zahlte er nicht. Be-rechtigtweise weigerte sich der Ober G. diesem Zechbruder, der mit dem Geld eines Angestellten sich wie ein Tschick besaust, weitere Zechkredite zu gewähren. In höflicher Form sagte der Ober, daß er als Familienvater sein ehrlich verdientes Geld selbst braucht, und ihn daher nicht bedienen könne, ehe er nicht bezahlt. Dieser „noble“ Zechbruder beschwerte sich nun beim Chef Schadner. Darauf bekam der Genosse Chef seinen zweiten Wutanfall und stellte den Ober G. vor die Alternative: entweder sein „nobler“ Sautbrüder zu bedienen oder er fliegt sofort hinaus. Gelassen erwiderte der Ober G. lieber verlasse er diesen Betrieb, als daß er seinen letzten Groschen daraufzuzahlen und sich eine derartige Behandlung von Chefs weiter bieten zu lassen. Die besoffenen Bonzen schloßen bis frühmorgens ohne Zeche in Klubsesseln ihren Rausch aus und der Ober G. mußte wegen dieses Suffs bis in der Früh im Lokal bleiben und seine Nachtruhe opfern, ohne irgendwelche Entschädigung zu erhalten. Am Tag darauf wurde dem Ober G. die schriftliche Kündigung, gezeichnet von Schadner und Skosinz, übergeben. Der Betriebsrat Wippel und der Gewerkschaftssekretär Zach waschen ihre Hände in Unschuld. Ein Rabe hackt dem andern kein Auge aus.

Die I. B. K. pfeift auf die 27. Novelle.

Der Arbeitslose Riegler R., Grd. Nr. 89.055 hat im Dezember 1931 zum erstenmal die Arbeitslosenunterstützung angefordert. Die Schiedskommission hat in ihrer Sitzung vom 12. I. 32 den Beschluß gefaßt: „Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung wird abgelehnt, weil Sie als vorwiegend Land- bezw. forstwirtschaftlicher Arbeiter nicht 52 Wochen in den letzten zwei Jahren und nicht 40 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung im letzten Jahr nachweisen.“ Der Arbeitslose war vorwiegend in einem Sägewerk beschäftigt, war landwirtschaftlicher Arbeiter gewesen. War vom 24. 6. 1930 bis 10. 11. 30 Pferdewärter bei Fuhrwerkshesitzer Kutschy und vom 31. 3. 31 bis 5. 12. 31 bei der Baufirma Lackner u. Schnepf in vers.-pflicht. Arbeit gestanden, dies ergibt eine Arbeitszeit von 56 Wochen innerhalb 2 Jahren, obwohl die Anwartschaftszeit bei erstmaliger Arbeitslosigkeit 52 Wochen innerhalb der letzten 24 Monate fordert.

Trotz der Verschlechterungen, die die 27. Novelle gebracht hat, wo man den Arbeitslosen in verschärftem Maße das letzte Stück Brot raubt, geht die IBK. Graz noch weiter und will dabei der Regierung zeigen, wie man selbst noch die 27. Novelle abbauen kann. Arbeitslose, schafft die Einheitsfront, dann werdet ihr Gesetze und Novellen schaffen, wie ihr sie braucht und wie sie euch gebühren.

Grazer Einheitskongreß.

Am 14. Februar 1932 hielt die KPOe. in den Julen-sälen ihren „Roten Einheitskongreß“ ab. Es waren nach dem Berichte der Mandatsprüfungskommission (Hollinger) 235 Delegierte, darunter angeblich auch ein Linkskommunist. Dies ist ein Schwindel, denn man hat diesen Linkskommunisten, den Gen. Steingruber, nicht zugelassen. Gen. Pirker redete sich aus, man habe die Delegierten-Karte nach Andritz geschickt und ohne der Karte wurde dem Gen. Steingruber der Eintritt verweigert. Aber erst um Mittag herum hatte man die Legitimation nach Andritz gebracht, da war es aber schon zu spät. Die Linkskommunistische Opposition hat 5 Delegierte zum Einheitskongreß in Graz entsendet. Die Genossen Plineiß, Koch, Keppel, und Konrad hat man mit der Begründung „Konterrevolutionäre“ nicht zugelassen. So sieht die rote Einheitsfront aus; Genossen wie Plineiß, Koch, Konrad, die die Grazer Arbeiterschaft als aufrechte Kämpfer kennt; Kommunisten wie Gen. Koch, der seit November 1918 in der Kommunistischen Partei steht und der Gründer der Grazer Organisation ist, stempelt die Stalinbürokratie als „Konterrevolutionäre“. Der Kongreß war zusammengesetzt von der KP und ihren Hilfsorganisationen AW, RM, AH, Bund d. Freunde der S-U und ZAK. Es war die Einheitsfront der RP und ihrer Hilfsorganisationen. Die wirkliche Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus hat dieser „Kongreß“ nicht gefördert, sondern nur beigetragen, um sie zu vereiteln.

Terror gegen die Arbeiterwehr

Die Arbeiterwehr von Graz marschierte am 15. Februar zu einem Begräbnis; dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Arbeiterwehr wollte nach dem Begräbnis geschlossen nach Hause marschieren. Die Polizei sprengte die 80 Mann bestehende Abteilung; man ritz Aittaken und mehrere Genossen wurden verhaftet. Die Polizei provozierte aufs äußerste. Mit vorgehaltenem Revolver drang die Polizei in das Arbeiterwehr-Lokal ein und nahm 2 Gewehre, die unbrauchbar sind, in Beschlag. Die Arbeiterwehr von Graz muß dagegen, gegen diesen Polizeiterrortest erheben. Nur die wirkliche Kampfeinheit des Proletariats kann den Polizeiterrortest brechen.

Ein Merkmal für Trotzkiismus.

Nachfolgende wahre Begebenheit scheint heiler zu sein. In Wirklichkeit zeigt sie, wie man die neuen Parteiarbeiter gegen uns verhetzt, statt sich mit den Fragen des „Trotzkismus“ auseinanderzusetzen.

Genossin S. fuhr nach Rußland mit einer Arbeiterdelegation. Zurückgekehrt, schilderte sie ihre Eindrücke. Für mich wirkte sie etwas besonderes. „Eines Tages“, erzählte sie, „hat sich ein Trotzkijs an uns herangemacht. Es geht ihm schlecht, er verdient wenig, er leidet unter Stalins Hungerpolitik usw. Später erfuhren wir, daß dieser Trotzkijs 900 Rubel im Monat verdient! Schlecht geht es ihm wirklich, aber nur, weil er das ganze Geld in Wodka umsetzt und stets betrunken ist.“

Ich: „Woher heißt du, daß es sich um einen Trotzkijs handelt?“

S.: „Na ja, weil er halt so viel auf Stalin geschimpft hat.“

Für Esperantisten!

Linksoppositioneller Kommunist wünscht Meinungsaustausch mit Gleichgesinnten. Zu schreiben an: Midrange, Champ Joly, La Norvill par Arpajan (Set 0), Francia.

Was uns Arbeiter schreiben.

Skandalöse Zustände im Hotel International, Graz.

Der Oberkellner O. ist dem Genossen Chef Schadner wegen seiner aufrechten proletarischen Haltung seit langem ein Dorn im Auge. Aber auch der Schieferli-Betriebsrat Wippel tanzt so wie sein Chef pfeift und macht aus seiner Feindschaft gegen O. keinen Hehl. Trotz verschiedener Versuche gelang es diesem Kleblatt Schadner-Skiasanz-Wippel, den tüchtigen und korrekten Ober G. „hinauszuerwerfen“, wie der geläufige Ausdruck in diesem sozialdemokratischen Unternehmen heißt.

Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

(3. Fortsetzung.)

5. Der Ursprung der Theorie der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern.

Diese Lösung, die, wie wir sehen, seit einer Reihe von Jahren in der Theorie und Praxis der Komintern eine so verhängnisvolle Rolle spielt, geht auf eine strategische Hypothese Lenins in den Jahren 1905—1917 zurück. Damals ging Lenin von der Annahme aus, daß die demokratische Revolution, wie sie 1905 insbesondere auf der Tagesordnung stand, eine Revolutionsregierung hervorbringen werde, die die revolutionäre Demokratie verkörpert und aus Vertretungen der Arbeiter und Bauern zusammengesetzt sein wird, wobei Lenin damit rechnete, daß das Übergewicht bei den Vertretungen des Bauertums liegen wird.

In seiner Polemik gegen Martynow schreibt Lenin im „Wperjod“ (Nr. 14, März 1905):

„In der provisorischen Regierung, wird uns gesagt, wird die Sozialdemokratie die Macht in der Hand haben; die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats dürfte aber die Macht nicht in der Hand halten, ohne zu versuchen, den sozialistischen Umsturz zu verwirklichen. Bei diesem Beginnen wird sie jedoch gegenwärtig Fiasko erleiden und sich nur blamieren...“

„Diese Betrachtung basiert auf der Verwechslung des demokratischen und sozialistischen Umsturzes, des Kampfes um die Republik (einschließlich unseres gesamten Minimalprogramms) und des Kampfes um den Sozialismus. Würde die Sozialdemokratie versuchen, sich die sozialistische Umwälzung unverzüglich zur Aufgabe zu machen, so könnte sie sich tatsächlich nur blamieren...“

Was wird also die soziale Funktion dieser „Revolutionsregierung“ sein, die im Vorhinein darauf verzichtet, sich die Aufgabe der sozialistischen Umwälzung zu stellen? Lenin schreibt, diese Frage beantwortend, an einer anderen Stelle des gleichen Artikels:

„Wird der russische Absolutismus jetzt nicht mit heiler Haut davonkommen und nicht nur mit einer zugestützten Verfassung zahlen, wird er nicht nur erschüttert, sondern gestürzt werden, so wird offenbar eine gigantische Anspannung der revolutionären Energien aller fortgeschrittenen Klassen erforderlich sein, um diese Errungenschaften zu behaupten. Und dieses „Behaupten“ ist nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des Proletariats und des Bauertums. Je mehr wir jetzt erobern, je energischer wir das Eroberte schützen, um so weniger wird später die unvermeidliche kommende Revolution uns nehmen können, desto leichter wird die Aufgabe der proletarischen Kämpfer sein, die uns folgen.“

Wir sehen hier völlig eindeutig, welche sozialen Funktionen Lenin dieser demokratischen Diktatur zuschreibt; sie sollte den Feudalismus entwurzeln und das Fundament für eine radikale Demokratie legen, die erst die Basis des proletarischen Machtkampfes bildet. Diese demokratische Diktatur war nicht als ein kurzer Übergangszustand gedacht, sondern als eine ganze Phase wechselvoller Kämpfe (mit einer „unvermeidlichen Reaktion“), in der der Boden für die „proletarischen Kämpfer, die uns folgen“, vorbereitet wird.

Es ist daher eine plumpe Geschichtsfälschung, wenn Stalin, in der nicht unberechtigten Hoffnung auf das Ignorantentum in der Komintern, in seinem Pamphlet gegen Slatki behauptet:

„Die Bolschewiki vertreten den Gedanken des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, unter der Hegemonie des Proletariats. Die Bolschewiki behaupteten, daß man die Sache zur revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft treiben mußte, um dann von der bürgerlich-demokratischen Revolution sofort zur sozialistischen Revolution überzugehen...“ (Unterstreichungen von mir. K. L.)

Wie dieser „sofortige“ Übergang zur sozialistischen Revolution in der Leninschen Konzeption tatsächlich aussah, das haben wir oben bereits gesehen.

Lenin irrte, als er diese Hypothese aufstellte, wie der tatsächliche Verlauf der russischen Revolution bewies hat. Es erwies sich, daß das historische Recht auf der Seite Trotzki (bezw. Trotzki und Rosa Luxemburg) war, der in den Jahren 1905 bis 1917 mit aller Konsequenz gegen diese Hypothese auftrat und ihr die Theorie der permanenten Revolution entgegenstellte, deren wesentliche Hauptgedanken waren: das revolutionäre Bauertum ist, dank seiner Zersplitterung, unfähig, eine selbständige politische Rolle zu spielen und eine eigene revolutionäre Partei hervorzubringen. Daher ist es unmöglich, daß eine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, also eine politische Machtteilung zwischen Proletariat und Bauernschaft zustandekommen kann. Die politischen Interessen der Bauernschaft kann nur das Proletariat verwirklichen, das sich auf ein Bündnis mit der Bauernschaft stützt. Das bedeutet, daß das Proletariat in der demokratischen Revolution die proletarische Diktatur aufbringen muß, die nicht bei der Durchführung nur demokrati-

scher Aufgaben Halt macht, sondern auch die sozialistischen Aufgaben in Angriff nimmt und so die demokratische Revolution unmittelbar in die sozialistische Revolution hinüberleitet. Während also Lenin eine ganze Phase der Demokratie, mit unvermeidlicher Reaktion vorsah, ehe das Proletariat zur Macht gelangt, sah Trotzki das Hinüberwachsen der demokratischen Revolution in die sozialistische kraft der proletarischen Diktatur vor. Daher der Name: Theorie der ununterbrochenen, also permanenten Revolution.

So schreibt Trotzki damals in seinem Artikel „Ergebnisse und Perspektiven“ (siehe seine Schrift „Permanente Revolution“ S. 64).

„Deshalb kann auch keine Rede sein von irgendeiner besonderen Form der proletarischen Diktatur in der bürgerlichen Revolution, nämlich von der demokratischen Diktatur des Proletariats (oder des Proletariats und der Bauernschaft). Die Arbeiterschaft kann den demokratischen Charakter ihrer Diktatur nicht sichern, ohne die Grenzen ihres demokratischen Programms zu überschreiten...“

Als die Februarrevolution 1917 zum Sturze des Zarismus führte, da haben die Führer der Bolschewiki, getreu der alten Formel Lenins vom Jahre 1905, zunächst den Weg einer Ueberleitung der Revolution in die sozialistische mittels der Aufschichtung der proletarischen Diktatur abgelehnt, als Lenin, vom Auslande zurückgekehrt, im April 1917 jene berühmte strategische Wendung vornahm, indem er die alte strategische Lösung als „veraltet“ beiseite schob und den Kurs auf die proletarische Diktatur einschlug. Damals schrieb Lenin, indem er darauf hinwies, daß man in den Sowjets, die den Gegenpol zur provisorischen Regierung bildeten, im gewissen Sinne bereits die Verwirklichung der demokratischen Diktatur sehen könne, daß man nun aber unverzüglich weitergehen müsse — zur proletarischen Diktatur:

„Die bolschewistischen Lösungen und Gedankengänge sind im allgemeinen von der Geschichte durchaus bestätigt worden, aber konkret haben sich die Dinge anders gestaltet, als man (wer es sich sei) erwarten konnte, nämlich origineller, eigentümlicher, bunter. Diese Tatsache ignorieren, vergessen, würde heißen jenen „alten Bolschewiki“ gleichkommen, die schon wiederholt eine traurige Rolle in der Geschichte unserer Partei gespielt haben durch Wiederholung einer sinnlos auswendig gelernten Formel, anstatt der Erforschung der Eigenart der neuen lebendigen Wirklichkeit...“

„Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat sich in der russischen Revolution bereits verwirklicht“, denn diese Formel sieht Grade,

bloß das Wechselverhältnis der Klassen und nicht die konkrete politische Institution, die dieses Wechselverhältnis, diese Zusammenarbeit realisiert... Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten — das ist bereits die vom Leben verwirklichte, revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauertums...“

„Diese Formel ist bereits veraltet. Das Leben hat sie aus dem Reiche der Formel in das Reich der Wirklichkeit geführt, sie mit Fleisch und Blut erfüllt, konkretisiert und dadurch modifiziert.“ (Lenin: Brief über die Taktik.)

Diese „Modifikation“ aber bestand eben darin, daß das Leben bewies, daß zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution nicht eine ganze Epoche liegen kann, sondern daß es gilt, unmittelbar die demokratische in die sozialistische Revolution zu überführen, wie es die Theorie der permanenten Revolution vorsah.

Die strategische Wendung, die Lenin in April 1917 vornahm, konnte nicht mit einem Male jene Traditionen vernichten, in denen die führenden Kaders der Bolschewiki 13 Jahre lang erzogen worden waren. Nur zögernd und keinesfalls endgültig streiften jene „alten Bolschewiki, die so oft eine traurige Rolle durch das Wiederholen einer sinnlos auswendig gelernten Formel gespielt hatten“ die demokratischen Eierschalen des vorrevolutionären Bolschewismus ab.

Die Fehlschläge der proletarischen Revolution in den Jahren 1918—23 haben in den Reihen der Bolschewiki zu einer Renaissance der Traditionen des vorrevolutionären Bolschewismus geführt: diese „Renaissance“ nahm die konkrete Gestalt der Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung an, führte dann zu der Wiederaufnahme der Theorie der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern und wandte sich schließlich nach der schweren Niederlage der deutschen Revolution dem offenen Kampf gegen die Theorie der permanenten Revolution zu. Diese „Renaissance“ ist schließlich in den offenen Revisionismus der Schule Stalin übergegangen, die der Idee der Weiterentwicklung der internationalen Revolution — die allein in der Lage ist, die Widersprüche zu lösen, die in der isolierten proletarischen Diktatur unvermeidlich sind — die Utopie eines nationalen Sozialismus entgegenstellt. (Fortsetzung folgt.)

*) In gewissen Formen und bis zu einem gewissen

Abonnenten und Freunde des „Mahnruf“

Immer mehr erweist sich die Führung der Kommunistischen Partei als übermächtig, das Proletariat auf den Weg zur Kampfeinheit gegen den drohenden Faschismus zu führen. Wie noch niemals zuvor finden die Auffassungen der Kommunistischen Linkspopposition bei der existierenden und wachsenden Arbeiterschaft Anklang und Verständnis. Die Arbeiter erkennen heute die geschichtliche Notwendigkeit des Kampfes der Linkspopposition um das gelobte Erbe von Marx und Lenin. Die Verbreitung und Ausgestaltung unseres Blattes ist mehr denn je eine der wichtigsten Aufgaben. Je tiefer die Auffassungen der Linkspopposition in die Klassenbewußte Arbeiterschaft eindringen, desto größer werden die Chancen für die Genesung der KP, die heute von der zentralistischen Stalinbürokratie beherrscht wird und sich unfähig erweist, ihre geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen.

Der „Mahnruf“ ist aber auch sonst ein erstes und für den revolutionären Arbeiter unentbehrliches kommunistisches Blatt, das über alle internationalen Fragen und insbesondere den Fragen der deutschen Revolution größte Aufmerksamkeit zuwendet und im marxistischen Sinne dazu Stellung nimmt.

Daher ist es notwendig, daß wir alle neuen Abonnenten und Leser des „Mahnruf“ werben; daß wir für die Ausgestaltung des „Mahnruf“ sorgen. Auf pünktliche Einzahlung des Abonnementsbeitrages ist mehr als bisher Wert zu legen, damit wir die finanziellen Lasten tragen können.

Die Redaktion und Administration des „Mahnruf“.

Der Ruf aus den Gräbern!

Trotz alledem!

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm: es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

Karl Liebknecht. (15. I. 1919.)

Das einzige Heil ist für die Masse des Volkes der Kampf; das ist heute nicht anders geworden als einst. Nicht durch Nachgiebigkeit und nicht durch Anpassung und nicht durch Schmiegsamkeit, sondern im Kampf wird das Volk sein Recht finden. Der Klassenkampf allein ist das Heil des Proletariats!

Karl Liebknecht.

Ich war, ich bin, ich werde sein!

Der Bürgerkrieg, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenherrschaft durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einzuführen zu können, ist eine lächerliche kleingürgerliche Illusion.

Rosa Luxemburg. („Rote Fahne“ 20. XI. 1918.)

Die bisherigen Revolutionen, namentlich die von 1848, haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten.

Rosa Luxemburg.

(Aus der Rede auf dem Parteitag zu Jena 1905.)

„Ordnung herrscht in Berlin!“ Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höhlen richten“ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein!

Rosa Luxemburg. (14. I. 1919.)

Prefondsausweis

Finanz S 70.—; Finanz von den Genossen gespendet in kleineren Beträgen S 49,65, Kelbitsch 1,50, Lenz 1,23, Rabitsch 3.—, Scharf —,70, Heinrich I. 1.—, Held —,40, Cech 6,20, Louisi 5.—, Poimer —,90, Krampf —,25, Ungenannt —,50, Ungenannt —,50, Ratschob —,20, B. —,38, Persch —,20, Voitsberg 2,70, Brandtner —,80, Greiner 2,40, Fröhlich 6,20, Horwat 1,65, Kiefer 1,80, Reisinger 2,30, Polak —,50, Hert. 2,64, Ruppitsch 2,90, Laritz —,70, Perl 1,50, Straßenkopfortage 2,30, Binder —,40, Schrotliker 1.—, Kollar 1,40, Stampf —,20, Schwab —,20, Grefloner —,40, Meißnbichler —,60, Pepi —,40, Bauer —,80, Max 1,30, Rath R. 1,50, Reinisch —,60, Steingruber 1,10, Zechner —,40, Mon. —,40, Ullry 1.—, „M“-Sammlung 16,20, Kuppel 2.—, Rodosch —,90, Scheucher —,20, Simmerl 1,10, Gussl —,80, Manner —,60, Hirschmugl —,70, Unger —,40, Taferner —,30. Von Genossen gespendet S 84,97, Finanz 70.—, von den Genossen in kleinen Beträgen gespendet 49,65, insgesamt S 204,62.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Thema: Wie wird die Einheitsfront geschaffen?

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linkspopposition.) — Druck: „Adela“, Wien, II., Tabakstraße 52b.

Stalin über Trotzki

„Die gesamte Arbeit der praktischen Organisierung des Aufstandes ging unter der unmittelbaren Leitung des Vorsitzenden des Petrograd-Sowjets, Trotzki, vor sich. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß der rasche Uebertritt der Gar. i on auf die Seite der Sowjets und die geschickte Organisation der Arbeit des revolutionären Kriegskomitees die Partei vor allem und hauptsächlich dem Gen. Trotzki zu danken hat.“ (Stalin, „Prawda“, 6. November 1918.)

Damals, als Stalin im geheimen seinen Kampf gegen Trotzki bereits begonnen hatte, war er dennoch gezwungen, vor der Partei der Wahrheit die Ehre zu geben.